



Lara Höhne

Die Verletzung der Unterhaltspflicht gemäß § 170 I StGB

Legitimationsprobleme der Strafbarkeit im Kontext von Zivilrechtsakzessorietät, Vorfragenkompetenz und problematischen Rechtsfolgen – zugleich ein Beitrag zur Verwertbarkeit von Steuerdaten

Schriften zum Strafrecht, Band 418

2 Abb., 173 Seiten, 2024

ISBN 978-3-428-19060-7, € 69,90*

Als Open Access-Publikation verfügbar unter:

<https://doi.org/10.3790/978-3-428-59060-5>

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428190607

Die Arbeit behandelt grundlegende Fragen der strafbaren Verletzung der Unterhaltspflicht. Sie umfasst das durch § 170 I StGB zu schützende Rechtsgut ebenso wie eine mögliche Bindungswirkung zivilgerichtlicher Entscheidungen sowie die Rechtsfolgen dieser Straftat. Als zur Legitimation des § 170 I StGB hinreichend gewichtiges Rechtsgut wird allein der notwendige Lebensbedarf des Unterhaltsberechtigten erkannt. Anders als Statusentscheidungen entfalten familiengerichtliche Entscheidungen zum Ob und zur Höhe einer Unterhaltspflicht im Strafverfahren keine Bindungswirkung. Ermittlungsbehörden und Strafgerichte müssen die Unterhaltspflicht daher eigenständig feststellen. Um dem nachkommen zu können, benötigen sie über die dargestellten bisherigen Ermittlungsinstrumente, wozu bereits de lege lata der Zugriff auf Sozialdaten gehört, hinaus de lege ferenda Zugriff auf Steuerdaten möglicher Unterhaltspflichtverletzer. Dessen verfassungsrechtliche Legitimierbarkeit wird ausführlich dargelegt.

Inhalt

A. Einführung in die Problematik

B. Hauptteil

Zu schützendes Rechtsgut und Legitimation einer strafbewehrten Verhaltensnorm — Bindungswirkung von Zivilurteilen — Ermittlungsansätze für Staatsanwaltschaft, Ermittlungsbeamte und Strafrichter — Ergebnisse — Legitimation konkreter Strafbarkeitsanordnungen auf der Basis der Sanktionsnorm des § 170 I StGB

C. Fazit

Literaturverzeichnis

Stichwortverzeichnis